

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 5: „Arbeitsstile“

– Die Machart der chinesischen
Außenpolitik –
(Teil I)

Gliederung

- 5.1 Der Wandel des außenpolitischen Arbeitsstils
 - 5.1.1 „Arbeitsstil“
 - 5.1.2 Der Stilwandel von Mao Zedong zu Deng Xiaoping
 - 5.1.3 Was ist Außenpolitik „im Geiste Deng Xiaopings“?
 - 5.2 Aktionsebenen chinesischer Außenpolitik
 - 5.2.1 Das klassische Drei-Ebenen-Schema
 - 5.2.2 Die Auflösung der Aktionsebenen
 - 5.2.2.1 „Volksdiplomatie“ und „Partnerschafter“
 - 5.2.2.2 Diplomatie von Staat zu Staat
 - 5.2.2.3 Diplomatie von KP zu KP
 - 5.2.3 „Umfassende“ Außenpolitik statt Agieren auf Drei Ebenen
 - 5.3 Die Gestaltungsmittel der Außenpolitik
 - 5.3.1 Diplomatie
 - 5.3.2 Verteidigungspolitik als außenpolitisches Instrument
 - 5.3.3 Entwicklungshilfe
 - 5.3.4 Außenwirtschaft: Von der Politisierung zur Kommerzialisierung

5.1 Der Wandel des außenpolitischen Arbeitsstils

5.1.1 „Arbeitsstil“

Zuofeng [1], wörtlich (Arbeits-) „Stil“ oder „Arbeitsweise“, ist ein Schlüsselbegriff der sinokommunistischen Politterminologie, mit dem die grundlegende Eigenart politischen Führungsverhaltens beschrieben werden soll. Man versteht unter *zuofeng* die innere Einstellung, mit der ein Funktionär an die Lösung seiner Aufgaben herangeht. Politische „Linie“ und „Stil“ verhalten sich zueinander wie Inhalt und Form, die untrennbar miteinander verwoben sind. Auch hier gibt es eine konfuzianische Reminiszenz zur Ausgewogenheit zwischen innen und außen: Übertrifft der Inhalt die Form, so erscheint der Mensch ungehobelt, übertrifft aber die Form den Inhalt, so entsteht der Eindruck von „Glattheit“. Nur dort, wo beides sich „harmonisch ergänzt“, entsteht Vorbildhaftigkeit und Vertrauen.¹

Es geht hier also vor allem um das *Wie* der Umsetzung außenpolitischer Ziele. Dieses *quomodo* ist zwar auch schon Gegenstand des Strategiekapitels (Teil 3) gewesen. Doch ging es dort um die eher *prinzipielle* Frage, mit welcher Grundeinstellung Außenpolitik überhaupt angegangen werden sollte: ob konfrontativ und klassenkämpferisch oder kooperativ und „beziehungs“-orientiert, also partnerschaftlich.

Demgegenüber steht im vorliegenden Kapitel die Frage im Vordergrund, auf welche Weise eine Außenpolitik umgesetzt werden soll, die – nach dem Willen der reformerischen Führung – a priori *partnerschaftlich* ausgelegt sein soll.

Allgemein gesprochen gibt es für den *zuofeng* viele Varianten: Er kann z.B. hierarchisch oder kollegial, „harmonisch“ oder kompetitiv sein. Im besonderen, d.h. auf die VRCh zugeschnitten, haben bestimmte „Arbeitsstile“ im Laufe der Zeit einander abgewechselt:

Seit 1945 beispielsweise hatte Mao Zedong immer wieder den *san da zuofeng* [2] eingefordert, also einen „dreifach großen Arbeitsstil“, der sich in der „Einheit zwischen Kadern und Massen, in der Geschlossenheit von Theorie und Praxis sowie in ständiger Kritik und Selbstkritik“ zu bewähren habe.

Demgegenüber wird im Zeitalter der Reformen ein „Arbeitsstil“ gefordert, der „die Wahrheit in den Tatsachen sucht“ (*shi shi qiu shi de zuofeng* [3]), der also realitätsbezogen, undogmatisch und wirtschaftsorientiert sein soll.

5.1.2

Der Stilwandel von Mao Zedong zu Deng Xiaoping

Der grundlegende Einfluß der beiden Hauptarchitekten chinesischer Politik, nämlich Mao Zedongs (bis 1976) und Deng Xiaopings (seit 1978), hat also auch in der Außenpolitik tiefe Spuren hinterlassen.

Beide Schulen gleichen sich zwar darin, daß sie (1) der nationalen Souveränität Priorität einräumen, daß sie (2) auf „Unabhängigkeit“ der chinesischen Außenpolitik pochen, daß sie (3) die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zum Maß aller Dinge erheben möchten und daß sie (4), sehr im Gegensatz zu jener stalinistischen Zweilager-Theorie, die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit wie ein Grauschleier über die Weltpolitik gelegt hatte, ein eher multipolares Bezugssystem forderten, und zwar während der 60er Jahre in Form der „Zwischenzonen“, in den 70er Jahren aber in Form der „Drei-Welten-Theorie“. Überdies betonten sie (5) immer wieder den Nord/Süd-sowie den Süd/Süd-Bezug, wobei die Staaten der Dritten Welt von Anfang an als potentielle Verbündete bei den Ost/West-Auseinandersetzungen galten.

Weitaus stärker als diese fünf Gemeinsamkeiten fallen allerdings drei große Unterschiede ins Gewicht:

Da ist zunächst schon einmal der so überaus heterogene Denkansatz: Während Mao in Kategorien wie „Revolution“, „Krisen“ oder „Widersprüchen“ zu denken pflegte und Unruhe für den Normalzustand, Ordnung und Stabilität aber für – ablehnenswerte! – Ausnahmen hielt, pochte Deng gerade umgekehrt auf „friedliche“ Lösungen und auf die „Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Hintanstellung von Unterschieden“. Aus der gleichen Einstellung heraus vertrat er ferner die These von der Ver-

¹Konfuzius, *Lunyu* VI.16.

meidbarkeit eines neuen Weltkriegs, veranlaßte die Demobilisierung vieler Millionen von Soldaten, setzte sich für die Beendigung der sinosowjetischen Konfrontation ein und bemühte sich vor allem um ein verbessertes Verhältnis zwischen China und seinem asiatischen Umfeld, das noch während der Mao-Epoche den Stachel der von Beijing unterstützten Guerillabewegungen zu spüren bekommen hatte. Nicht „Revolution und Entwicklung“, sondern „Friede und Entwicklung“ sollte fortan das Leitmotiv abgeben.

Während Mao, wie seine Kritiker betonen, darüber hinaus die VR China zu einer „ummauerten Wirtschaft“ (*weiqiang jingji* [4]) hatte werden lassen, redeten die Reformer, kaum an die Macht gekommen, sogleich der „Öffnung“ (*kaiyang* [5]) das Wort und sorgten dafür, daß die Volksrepublik schon in den 80er Jahren für Besucher und Geschäftsleute zugänglich – und damit auch transparenter – wurde. Nicht „Fronten“bildung, sondern Öffnung, und nicht „Klassenkampf“, sondern „Konsultationen“ und Werbung um „gegenseitiges Vertrauen“ sollten ein neues Klima schaffen. „Zugänglich“, d.h. weniger zugeknöpft, zeigten sich auch die reformerischen Spitzenpolitiker, sei es, daß sie (beginnend mit der US-Reise Deng Xiaopings im Jahre 1979) immer häufiger westliche Länder besuchten oder sei es, daß sie auch der Presse gegenüber mehr Präsenz zeigten. Einen schon fast „historisch“ zu nennenden Durchbruch gab es hier vor allem am 20. März 1998, als der gerade neu gewählte Ministerpräsident Zhu Rongji eine vom Fernsehen direkt übertragene Pressekonferenz gab, in der er, fast wie ein westlicher Politiker, Journalisten aus aller Welt Rede und Antwort stand und sich dabei auch keineswegs scheute, heiße Eisen anzufassen. Undenkbar, daß ein Zhou Enlai – oder gar ein Mao Zedong – sich in diese Rolle begeben hätte!

Ein dritter Hauptunterschied zwischen den beiden Denkschulen liegt darin, daß die Mao-Zedong-Führung bereit war, im Interesse gesellschaftlicher Veränderungen wirtschaftliche Opfer in Kauf zu nehmen, während die Reformer so gut wie keine Bedenken hatten, notfalls gerade umgekehrt zu verfahren: hatte Mao noch die Politik als „Seele“ (*linghun* [6]) betrachtet, so rückte für die Reformer nun der Wirtschaftsaufbau ins „Zentrum“ (*zhongxin* [7]). Ganz in diesem Sinne sorgten sie für die Einführung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ und brachten auch die Außenwirtschaft auf Trab, indem sie bereits 1979 ein Joint-venture-Gesetz erließen, das von den Maoisten ganz gewiß noch als Todsünde verworfen worden wäre, das aber der neuen Wirtschaftspolitik so frische Impulse verlieh, daß Mitte der 90er Jahre nicht weniger als 40% des BIP bereits *außenwirtschaftlich* induziert waren. Darüber hinaus wurde China zu einem der Hauptempfänger internationaler Investitionen und begann – ganz im Sinne der neuen „Offenheit“ –, auch Statistiken auf den Tisch zu legen, so daß es nun auch sozioökonomisch transparent wurde.

Vergleicht man das Erscheinungsbild Chinas im Jahre 1995 mit demjenigen im Jahre 1975, so scheinen zwischen diesen beiden Zeiträumen nicht nur zwanzig, sondern zehntausend Jahre zu liegen.

5.1.3

Was ist Außenpolitik „im Geiste Deng Xiaopings“?

Das Deng-Xiaoping-Denken ist, wie Jiang Zemin bei den Trauerfeierlichkeiten für Deng im Februar 1997 hervorhob, zum Leitmotiv für Chinas „dritte Führungsgeneration“ geworden – und zwar auch im Bereich der Außenpolitik.² Das außenpolitische Vermächtnis Dengs wird gemeinhin – wieder einmal – in fünf Punkten zusammengefaßt: (1) „Ein neuer Weltkrieg ist vermeidbar“, (2) „Friede und Entwicklung sind die beiden Hauptaufgaben der heutigen Welt“, wobei das Thema „Friede“ hauptsächlich den Ost/West-, „Entwicklung“ aber den Nord/Süd-Dialog zu bestimmen habe. (3) Die Frage von Krieg und Frieden dürfe nicht mehr nur unter politischen oder diplomatischen Perspektiven angegangen werden, sondern sei immer auch schon wirtschaftlich mit zu beantworten. Wirtschaftliche Monopole seien also beispielsweise ebenso zu bekämpfen wie politische Hegemonien. (4) „Das oberste Augenmerk soll stets der nationalen Souveränität und Sicherheit gelten“. Souveränität, staatliches Recht und staatliche Würde seien genauso wichtig wie Persönlichkeitsentfaltung, Menschenrechte und Menschenwürde. Jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates laufe auf einen direkten Verstoß gegen dieses Verbot hinaus. (5) „China ist von besonderer Bedeutung für den Weltfrieden und die Sicherheit der Welt“: Je gesünder sich die Volksrepublik entwickle, um so günstiger sei dies auch für den Weltfrieden – und umgekehrt.³

Ganz auf dieser Linie bewegte sich auch der XV. Parteitag von 1997, der wenige Monate nach dem Tode des Patriarchen stattfand und der die – auch in Zukunft zu befolgende – „Außenpolitik im Geiste Deng Xiaopings“ mit folgenden Hauptstichworten kennzeichnete: (1) unabhängig, (2) friedlich und entwicklungsbezogen, (3) „umfassend“, mit dem Ziel, auch die Wirtschaft miteinzubeziehen und eine „gesunde internationale Umgebung“ sicherzustellen, in der China sein „sozialistisches Modernisierungsprogramm“ durchziehen könne, sowie (4) Schaffung von „gegenseitigem Vertrauen“, das auch mit informellen Beziehungen Hand in Hand gehen könne: gedacht war hier möglicherweise auch an die „informellen“ APEC- und ARF-Treffen.

China wolle, wie schon in der Tradition, als Ordnungshüter auftreten und am Weltfrieden sowie an der regionalen Stabilität nach Kräften mitwirken. Das Land besitze „keine expansionistische Tradition“ und sei auch niemals eine wirkliche Bedrohung für seine Nachbarn gewesen; vielmehr habe es gerade umgekehrt im Laufe seiner Geschichte, vor allem im 19. und 20. Jh., so viele Aggressionen und Schmähungen über sich ergehen lassen müssen, daß es für Aggressionsbefürchtungen aller Art ein feines Gespür habe und sich schon deshalb in seine Nachbarn hineinversetzen könne. Aus dieser Haltung heraus wolle die Volksrepublik den goldenen Grundsatz des Konfuzius beherzigen: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“.

²RMRB, 26.1.97.

³Näheres m.N., C.a., 1997/4, Ü 1; sowie *China Institute of Contemporary International Relations*, Ausgabe April 1997, Nr.4.

Der Vergleich zwischen maoistischer und dengistischer Außenpolitik, wie er hier skizziert wurde, läßt den Schluß zu, daß neue außenpolitische Sinngebungen im Laufe der Zeit auch zu einer großen Wende im außenpolitischen „Arbeitsstil“ führen. Wenn nicht mehr das Entweder-Oder, sondern das Sowohl-Als-auch, und wenn überdies nicht mehr das Gegeneinander, sondern die Interdependenz (*xianghu yicun* [8]) in den Vordergrund rückt, so muß dies früher oder später auch auf die Motivation und die Neubewertung außenpolitischen Verhaltens abfärben.

Diese Neuorientierung zeigt sich u.a. bereits in einem gelasseneren Umgang mit jenen drei Ebenen außenpolitischen Agierens, wie sie noch von der früheren Sowjetunion übernommen worden sind:

5.2

Aktionsebenen chinesischer Außenpolitik

5.2.1

Das klassische Drei-Ebenen-Schema

Drei als solche formalisierte und exakt voneinander getrennte Ebenen waren es, auf denen China in maoistischer Zeit außenpolitisch in Erscheinung zu treten pflegte, nämlich von Staat zu Staat, von KP zu KP und von Volk zu Volk.

Unter „revolutionären“ Gesichtspunkten betrachtet war diese Trennung eigentlich systemwidrig, da die maoistische Bewegung, die sich in China mit ihrer VBA durchgesetzt und 1949 die Volksrepublik aus der Taufe gehoben hatte, im Zeichen der „Massenlinie“ gesiegt hatte. Träger der neuen Gesellschaft hätten also eigentlich die revolutionären „Massen“ (*qunzhong* [9]) der Arbeiter und Bauern sein müssen, nicht etwa der Staat.

Zu den „Massen“ gehören, außenpolitisch gesehen, Befreiungsbewegungen und gesellschaftliche Klassen. Die „Massenlinie“ gar hätte zu einer Umwertung aller Werte bei der überkommenen Außenpolitik führen müssen:

- Aus diplomatischen Verhandlungen wären dann tendenziell Verbrüderungsprozesse zwischen bestimmten Klassen oder aber Gipfelkonferenzen *aller* Bewegungen geworden.
- Staat-Staat-Beziehungen hätten sich tendenziell in volksdiplomatische Verbindungen umgewandelt.
- Aus klassischen Kriegen wären „Volkskriege“ geworden.
- Internationales Staatenrecht hätte sich in authentisches „Völkerrecht“ verwandelt.
- Entwicklungshilfe für Staaten hätte den Charakter einer Entwicklungshilfe unmittelbar für die betroffenen Völker und Befreiungsbewegungen angenommen.
- Und nicht zuletzt wäre der „Club“ der privilegierten Großmächte (d.h. der Atomwaffenbesitzer sowie der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat) durch Organisationen mit Breitenwirkungen ersetzt worden: In der UNO hätte sich dann beispielsweise der Sicherheitsrat zugunsten der Generalversammlung verflüchtigt.

In der Sowjetunion waren die Revolutionäre der ersten Stunde eine Zeitlang erklärtermaßen bereit, künftig nur noch auf Weltinnenpolitik zu setzen und deshalb, wie

Trotzki es ausdrückte, „die Bude (= das Außenministerium) zu schließen“.

Demgegenüber scheint es den chinesischen Revolutionären, kaum waren sie an die Macht gelangt und hatten sich im alten Kaiserpalast eingerichtet, offensichtlich kaum noch in den Sinn gekommen zu sein, auf zwischenstaatliche Diplomatie zu verzichten und „Weltinnenpolitik“ zu betreiben. Auch zeigten sie keinerlei Berührungsscheu, als es darum ging, ein eigenes Außenministerium zu errichten, dessen Besonderheit offensichtlich einzig und allein darin bestand, daß das Amt des Ressortchefs viele Jahre lang von Ministerpräsident Zhou Enlai in Personalunion wahrgenommen wurde.

Ungeachtet dieses etatistischen Einstiegs bestand aber durchaus die Neigung, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war, und auch die Nachbarländer mit Revolutionen zu überziehen, so daß den für „revolutionäre Bewegungen“ zuständigen Partei- und Volksgremien eine Zeitlang mehr Bedeutung zukam als den diplomatischen Vertretern, zumal offizielle Kontakte mit den meisten asiatischen Nachbarn erst verhältnismäßig spät zustandekamen. 1949 waren es beispielsweise lediglich zehn Ostblockstaaten, die China diplomatisch anerkannten. 1950 kamen als Partner Nordvietnam, Indien, Birma und Indonesien, 1951 Pakistan, 1955 Afghanistan und Nepal, 1957 Sri Lanka, 1958 Kambodscha, 1962 Laos und 1969 die Südvietnamesische Befreiungsfront hinzu. Offizielle Beziehungen mit den anderen asiatischen – und zumeist prowestlichen – Staaten setzten überhaupt erst in den 70er Jahren ein, nämlich 1972 mit Japan und den Malediven, 1974 mit Malaysia, 1975 mit den Philippinen, Thailand und Bangladesh.

Die VR China tanzte hier also außenpolitisch auf mehreren Hochzeiten: Einerseits nahm sie formelle Staatsbeziehungen auf, andererseits unterhielt sie, vor allem im nachbarlichen Umfeld, zur gleichen Zeit Beziehungen zu Untergrundbewegungen und zu lokalen KPs.

Auf einer dritten Spur wurden Kultur-, Sport-, Wissenschafts- und Xinhua-Verbindungen angebahnt – und zwar in aller Regel gegenüber Ländern, die für diplomatische Beziehungen einstweilen nicht in Frage kamen, mit denen China aber Kontakt aufzunehmen wünschte, so z.B. mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die oben erwähnte Politik der Drei Ebenen entstand aus diesem dreifachen Bedarf heraus. Sie leistete der Beijinger Führung auch gegenüber solchen Ländern gute Dienste, die schon früh diplomatische Beziehungen mit der VRCh aufgenommen, sie dann aber wieder eingefroren oder gar abgebrochen hatten, so z.B. gegenüber Indien, mit dem es 1962 einen Grenzkrieg gegeben hatte, sowie gegenüber Indonesien, in dem es 1965 zum antikommunistischen Umsturz gekommen war.

Die große Wende (weg von den Guerilla- und hin zu den Staatsbeziehungen) setzte erst nach 1978 ein, als die reformerische Volksrepublik damit begann, die Trümmer der maoistischen Klassenkampffära wegzuräumen und ihr Verhältnis zu den Nachbarn zu bereinigen, d.h. revolutionäre Ambitionen durch andere Ziele (Z.1, Z.2, Z.3 oder Z.4) zu ersetzen sowie Linke und Rechte Strategien an den Nagel zu hängen.

Überdies kam es nun auch zu einer Vervielfältigung der nach außen gerichteten Kommunikationskanäle. Zumindest sechs Kontaktflächen begannen sich jetzt abzu-

zeichnen, nämlich die (in Resten bis auf den heutigen Tag fortbestehende) Volksebene, darüber hinaus die diplomatische Ebene (von Zentral- zu Zentralregierung), die Parteiebene (Inter-KP-Beziehungen) sowie die militärische, die entwicklungspolitische und die außenwirtschaftliche Ebene.

5.2.2

Die Auflösung der Aktionsebenen

5.2.2.1

„Volksdiplomatie“ und „Partnerschafter“

Volksdiplomatie, wie sie in den Formen von Pingpong-, Tanz-, Sport- und Partnerschaftsdiplomatie zutage trat (und in bescheidenerer Form auch heute noch weiterwirkt), ist nichts anderes als eine Übertragung der „Massenlinie“ auf den außenpolitischen Kommunikationsprozeß. Volksdiplomatie kann explizit sein, z.B. bei der Entsendung von Künstler- und Sportlerdelegationen, sich aber auch implizit vollziehen, wie die Einladung des früheren US-Präsidenten Nixon nach China im Jahre 1972 gezeigt hat: Adressat dieser Einladung sei eigentlich das amerikanische Volk gewesen, hieß es, – und in der Tat habe der Besuch des Präsidenten ja auch mit einem Schlag die seit 20 Jahren geschlossenen Türen zum amerikanischen Volk hin geöffnet; wurde doch der siebentägige Besuch durch seinen überdimensionalen Einsatz an Kommunikationsmitteln in der ganzen Welt, vor allem aber in den USA zum Großereignis und zu einer Werbung für China: Nie wieder hat es in der US-Presse positivere Artikel über die Volksrepublik gegeben als damals; Buchläden mit Chinaliteratur schossen aus dem Boden, das Chinesischstudium nahm zu und amerikanische Delegationen gaben sich noch jahrelang die Klinke in die Hand – bis dann das rabenschwarze Ereignis von 1989 für eine erneute Verdüsterung sorgte.

Vielleicht noch wirksamer hat Beijing das Instrument der Volksdiplomatie gegenüber Japan gehandhabt, indem es, lange vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1972, immer wieder Mitglieder von Oppositionsparteien, Jugendorganisationen und Pressevertreter zu Besuchen einlud, so daß es sich am Ende keine japanische Regierung mehr erlauben konnte, die frühere Antichinapolitik fortzusetzen oder wiederaufzunehmen.

Während die junge Sowjetunion, wie erwähnt, unmittelbar nach 1917 die klassische Diplomatie von Staat zu Staat abschaffen und durch Verbindungen unmittelbar zwischen den „Proletariern aller Länder“ hatte ersetzen wollen (was sie bekanntlich dann doch nicht konsequent durchsetzen konnte), entwickelte die weitaus realitätsbezogener und nüchterner agierende Volksrepublik seit 1949 ihre Diplomatie der drei Ebenen, die, wie hier mit Nachdruck betont sei, unmittelbar nichts mit den oben erwähnten verschiedenen Zielsetzungen zu tun hatte. Es wäre also ganz gewiß mißverständlich, nähme man an, daß die nationalen Interessen Chinas auf die Staatsebene, revolutionäre Maßnahmen auf die Parteiebene und antihegemonistische Ziele etwa auf die volksdiplomatischen Kanäle übertragen – damit aber gleichzeitig auch reduziert – worden wären. Eine solche starre Schematisierung entspräche in keiner Weise der auch im Zeitalter Mao Zedongs so flexibel gehandhabten und alle Möglichkeiten des Agierens

ausschöpfenden chinesischen Praxis. Theoretisch konnten ja beispielsweise sogar auf staatsdiplomatischer Ebene revolutionäre Ziele verfolgt werden – man denke an die Zusammenarbeit mit sozialistischen Staaten.

Alles in allem haben sich die Chinesen als Meister im selektiven Gebrauch verschiedener Ebenen zur Verwirklichung ihrer jeweiligen Zielsetzungen erwiesen.

Während sich die Palette der neuen Beziehungsebenen im Zeitalter der Reformen ausdifferenziert, beginnen die früheren drei Ebenen an Bedeutung zu verlieren: Erstens einmal sind Kontakte zu anderen kommunistischen Parteien (z.B. zur kubanischen oder zur nordkoreanischen KP)-nur noch Randerscheinungen, die bisweilen verschämt – meist aber eher trotzig – weitergepflegt werden. Zweitens aber ist selbst die volksdiplomatische Interaktion mittlerweile zu einem Rückzugsgebiet geworden: zumindest wird sie immer mehr entformalisiert, durch *informelle* Pilzgeflechte ersetzt – und marginalisiert. „Die Massenorganisationen und das Solidaritätskomitee sind tot, es lebe die persönliche Beziehung! – so etwa könnte der neue Kurs charakterisiert werden.

Resterscheinungen der guten alten „Volksdiplomatie“ leben noch in Form von „Partnerschafter“ fort, die allerdings seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 auf Eis gelegt worden sind, so auch die 24 mit Deutschland geschlossenen Länder- und Städtepartnerschaften, die – mit zwei Ausnahmen (Xi'an/Dortmund, Dalian/Wilhelmshaven) – alle vor 1989 geschlossen wurden, die letzte ihrer Art noch zwischen Rheinland-Pfalz und der Küstenprovinz Fujian im Mai 1989.⁴ Wegen der deutschen Wende, die im gleichen Jahr erfolgte, konnten die neuen Bundesländer, die ja erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands (1990) wiedererstand sind, Partnerschaften solcher Art noch gar nicht aufbauen.

Zum einsamen Höhepunkt aller bisherigen „Volksdiplomatie“ ist jedoch, all diesen Einzelerfolgen zum Trotz, das „Pingpong-Zwischenspiel“ geworden – jene Einladung amerikanischer Tischtennispieler im Jahre 1971 also, die unter der persönlichen Regie Zhou Enlais stand und deren Zweck es war, Einladungssignale auch an die Regierung in Washington zu senden. In der Tat sollte dieses Pingpong-Ereignis zum Ausgangspunkt für die chinesisch-amerikanische Wiederannäherung werden, die im Chinabesuch des damaligen US-Präsidenten Nixon im Februar 1972 ihren Höhepunkt fand.

5.2.2.2

Diplomatie von Staat zu Staat

Schon gegen Ende des 19. Jh. waren immer mehr Mitglieder des Mandarinats, vor allem die Reformer um Kang Youwei, zu der Auffassung gelangt, daß das Reich der Mitte seinen sinozentrischen und tributären Anspruch nicht länger aufrechterhalten könne, sondern sich darum bemühen müsse, *gleichberechtigtes* Mitglied der Völkergemeinschaft zu werden. Es galt, die so viele Jahrhunderte lang tributär konzipierte Weltinnenpolitik durch eine Außenpolitik westlicher Prägung und das überkommene Audienzritual (mit Niederknien und Kotau vor dem Kaiser) durch ein Protokoll zu ersetzen, wie es der westlichen Diplomatie in Form von Kongressen und Empfängen, Noten

⁴Ausführlich zu diesen Partnerschaften im später folgenden Deutschlandteil.

und Abkommen sowie Privilegien und Immunitäten seit dem frühen 19. Jh. zur zweiten Natur geworden war.

1894 hatte der kaiserliche Thron erstmals eine formelle Kriegserklärung abgegeben und damit den Angreifer Japan als einen gleichberechtigten Staat anerkannt, während es in der Tradition nur Strafexpeditionen im Auftrag des Himmels gegen unbotmäßige Barbaren gegeben hatte.

1898 wurde der Bruder des deutschen Kaisers, Prinz Heinrich, als erster Angehöriger eines „äußeren“ Herrscherhauses vom Kaiser als Gleichgestellter empfangen, und zwar im Beijinger Sommerpalast. Daß Prinz Heinrich bei dieser Gelegenheit neben dem Kaiser auf dem Thron Platz nahm, wurde von den Hofbeamten als „unerhörte“ Begebenheit registriert, für die es in der chinesischen Geschichte keinen Präzedenzfall gebe.⁵

Nach Gründung der Republik ging China dann aber schnell zur Tagesordnung über und akzeptierte die diplomatischen Umgangsformen des Westens – eine Entscheidung, die um so leichter fiel, als die westliche Etikette der nach wie vor ritualistisch geschulten Beamenschaft durchaus auf den Leib geschneidert war.

Auch nach 1949 blieb es bei den in republikanischer Zeit etablierten Gepflogenheiten: Sieht man von dem durchaus exzeptionellen kulturrevolutionären Zwischenstück ab, in dessen Verlauf es zu ideologischen Überreaktionen, zu Übergriffen gegen ausländisches Personal und zur Brandschatzung von Botschaftsgebäuden in Beijing kam, so hat auch die Volksrepublik von Anfang an wenig Mühe gehabt, dem diplomatischen Brauchtum des Westens gerecht zu werden.

Chinesische Diplomaten genießen im allgemeinen eine sorgfältige Ausbildung, die dem zum Außenministerium gehörenden *Institut für internationale Beziehungen* obliegt. Zu den Lehrfächern gehören neben der ideologischen Schulung vor allem Völkerrecht, Geschichte, Landeskunde und Fremdsprachen. Schon früh wird (ähnlich wie in der einstigen Sowjetunion) eine Spezialisierung auf bestimmte Länder angestrebt, in die der Diplomat später entsandt werden soll.

Für die Chinesen ist Diplomatie ein Lernberuf, der über eine lange und mühsame Karriereleiter führt und von vielen Tests und Prüfungen begleitet ist. Selbst Spitzenbotschaften im Ausland werden im allgemeinen nur von Karrierebeamten, nicht von „Senatoren“ besetzt.

Mit Gastarbeiter-, Asylanten- oder Menschenrechtsfragen, wie sie beispielsweise bei einem deutschen Botschafter in Ankara überwiegen, hat eine chinesische Botschaft wenig zu tun. Sie kann sich also nach wie vor auf die klassisch-politischen Aufgaben einer diplomatischen Vertretung konzentrieren, zumal auch Wirtschaftsbelange nicht an die diplomatischen Vertretungen, sondern an eigens dafür errichtete Gremien delegiert worden sind, so z.B. an die Filialen der Außenhandelskorporationen, die sich mittlerweile in den wichtigsten Industrieländern eigene Vertretungen geschaffen – und sich überdies auf bestimmte Städte, wie z.B. Hamburg, konzentriert haben.

Chinesische Diplomaten sind sorgfältige Beobachter und Berichterstatter, die ihr Augenmerk nicht nur offiziellen Verlautbarungen, sondern auch Pressekommentaren, Filmen und Fernsehsendungen zuwenden, wobei sich

ihre meist überragenden Sprachkenntnisse zu bewähren pflegen.

Reaktionen des Außenministeriums oder diverser Propagandagremien auf chinakritische Äußerungen ausländischer Medien zeigen, daß die Berichte der diplomatischen „Augen“ nicht nur präzise abgefaßt sind, sondern „zuhause“, d.h. also in den Ministerien, genau gelesen werden, und daß man dort überdies den Ratschlägen der Diplomaten Gehör schenkt. Die Zeit, da Parteipolitiker in Beijing „immer alles schon besser gewußt“ haben, gehört längst der Vergangenheit an. Die Führung mußte aus Fehlern lernen und hat längst auch zur Kenntnis genommen, daß China mit seiner „impansionistischen“ Außenpolitik nur dann Erfolg haben kann, wenn es vorher sein eigenes Lernpensum erfüllt.

5.2.2.3

Diplomatie von KP zu KP

So gut wie auf der Aussterbeliste stehen mittlerweile die Inter-KP-Beziehungen.

Regierende kommunistische Parteien lassen sich heutzutage ohnehin nur noch mit der Lupe ausmachen, sei es nun in Laos, Kambodscha und Vietnam oder aber in Kuba und in Nordkorea. Neben ihnen gibt es zwar zahlreiche weitere im Schatten der Regierungen stehende Gruppierungen mit „KP“-Firmierung; doch handelt es sich bei ihnen um Hinterlassenschaften, die der KPCh (mit ihren mittlerweile 58 Mio. Mitgliedern) manchmal geradezu peinlich zu sein scheinen und mit denen man daher kein großes Aufsehen mehr zu erregen versucht, zumal ja auch diese „KPs“ von den marktwirtschaftlichen Eskapaden, vor allem aber von der wenig „sozialistischen“ Außenpolitik der VRCh, kaum begeistert sein dürften: Wie sollen sie sich in ihren eigenen Ländern z.B. auf ein sozialistisches China berufen, dessen Vorstellungen sich vom Ideengut der „neoliberalen“ Konkurrenten im eigenen Haus kaum noch abheben!? Und wie soll ein „sozialistisches“ China, an dessen Spitze ein „roter Ludwig Erhard“ namens Zhu Rongji steht, den Anhängern in den eigenen Reihen schmachhaft gemacht werden!? Auch die Bemerkung Li Pengs anlässlich der Feierlichkeiten zum 75. Gründungstag der KPCh am 1. Juli 1996, daß sich der „internationale Sozialismus“ gegenwärtig nämlich „auf einem Tiefpunkt“ befinde (*chuyu dichao* [10]),⁶ ist wenig dazu angetan, rosigere Perspektiven zu eröffnen!

Sogar eine Renaissance des Realsozialismus in Rußland brächte hier wohl kaum noch eine Wiederbelebung des Status quo ante, zumindest nicht bei den skeptisch gewordenen Chinesen, die ja im Laufe der Zeit zur Kenntnis nehmen mußten, daß die Volksrepublik mit keiner anderen Gruppierung auf gespannterem Fuß zu stehen pflegt als mit den wenigen noch von kommunistischen Parteien beherrschten Ländern: Mit Vietnam etwa hatte die Volksrepublik im Februar/März 1979 noch einen regelrechten Grenzkrieg geführt, ehe es zwischen beiden dann, nach zwölf Jahren bitterer Auseinandersetzungen, im November 1991 endlich zu einer Wiederversöhnung kommen konnte, und auch mit Nordkorea war es – nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und dem südkoreanischen Seoul – zu Diatriben gekommen, die bis an die Grenze militärischer Auseinandersetzung

⁵Dazu Wolfgang Franke, *China und das Abendland*, Göttingen 1962, S.93.

⁶RMRB, 2.7.96.

gen heranzuführen.⁷ Lediglich mit Laos und Kambodscha war die KPCh noch leidlich zurechtgekommen, weil diese Länder nicht nur Leichtgewichte sind, sondern weil China bei ihnen nach dem Grundsatz handeln konnte, daß „der Feind meines Feindes (scl.: Vietnam) mein Freund ist“. Verhältnismäßig ausgeglichen, wenn auch nicht immer gerade „brüderlich“, gestaltete sich darüber hinaus auch das Verhältnis zum fernen Kuba, das 1960 als erstes Land Lateinamerikas diplomatische Beziehungen mit Beijing aufgenommen hatte, und das – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – verstärkt bei der VR China Zuflucht suchte, wobei Fidel Castro sich als Bewunderer des chinesischen Reformmodells darzustellen wußte: Bei seinem Chinabesuch im November 1995 beispielsweise zeigte sich Castro von dem, was er sah, fast pausenlos begeistert; gleichzeitig gab er ein Glaubensbekenntnis zum Sozialismus ab und zeichnete ein antikapitalistisches Horrorgemälde: Unvorstellbar, daß die Zukunft der Menschheit von einem System wie dem Kapitalismus abhängig sein müsse, der auf Ungleichheit und Eigennutz aufbaue, der den Wettbewerbskrieg zwischen den Menschen heilige und der mit unglaublicher „Irrationalität“ die „kriminellste Art der Güterverschwendung“ betreibe.⁸

Die chinesischen Zuhörer dürften auf Ausführungen dieser Art übrigens durchaus zwiespältig reagiert haben!

Da die Inter-KP-Beziehungen so sehr an Substanzverlust leiden, haben sich die für Außenbeziehungen zuständigen KP-Gremien längst anderen politischen Parteien zugewandt, deren Spektrum von links bis weit nach rechts reicht, angefangen von der deutschen SPD über die französischen Sozialisten bis hin zur „Republikanischen Partei“ der USA.

Mit dieser Ausweitung aber beginnen die überkommenen Aktionsebenen an Eigenprofil zu verlieren und sich ins Ungewisse aufzulösen:

5.2.3

„Umfassende“ Außenpolitik statt Agieren auf Drei Ebenen

Die so viele Jahrzehnte lang betriebene Aufspaltung und Verteilung der Außenpolitik auf bestimmte Handlungsebenen gehört, wie die obige Beschreibung verdeutlicht haben sollte, längst der Vergangenheit an und wird mittlerweile durch eine Aktionsweise abgelöst, die dem (auch traditioneller Denkweise gemäßen) Grundsatz der Ganzheitlichkeit folgt, also „umfassend“ (*quanmiande* [11]) ist.

In der Tat sind formelle – und auf bestimmte Handlungsebenen zugeschnittene – Kontakte in den letzten Jahren immer mehr durch inoffizielle Verbindungen abgelöst worden.

Dies zeigt sich besonders deutlich bei der seit Mitte der 90er Jahre von der „ZK-Abteilung für internationale Verbindungen“, also vom „KP-Außenministerium“, eingeschlagenen Politik. Längst hat das „KP-Außenministerium“ sein einst so exklusiv auf kommunistische Parteien ausgerichtetes Vorgehen durch eine Politik der „Inklusivität“ ersetzt, die auch gegenüber strikt konservativen Parteien keine Berührungsscheu mehr kennt.

Den Auslöser für eine solche Kursänderung gaben Erfahrungen mit US-Partnern: Seit Jahren hatte Beijing be-

obachten müssen, wie Taiwan, das aus der offiziellen amerikanischen Außenpolitik seit 1979 wie durch eine Falltür verschwunden war, nun gerade umgekehrt bei den politischen Parteien und den gesellschaftlichen Organisationen der USA einen Einfluß erhielt, der den Vertretern Beijings bisweilen fast schon unheimlich wurde. Es dauerte Jahre, ehe die VR China aus diesen Erkenntnissen die Konsequenzen zog und über den Schatten der eigenen ideologischen Vorurteile sprang. Vor allem das „Parteiaußenministerium“ änderte seinen ursprünglichen Kurs nun fast um 180 Grad: Hatte es früher ausschließlich Beziehungen mit kommunistischen Parteien oder mit dezidiert „linken“ Gruppierungen unterhalten, so war es in den 80er Jahren dazu übergegangen, auch mit „gemäßigt linken“ Organisationen, vor allem mit mehreren wohletablierten Parteien Westeuropas Beziehungen aufzunehmen, so z.B. mit der Sozialistischen Partei Frankreichs (Mitterrand!), mit der deutschen SPD oder mit der Linken Demokratischen Partei Italiens. Seit Mitte der 90er Jahre begann sich die ZK-Abteilung dann sogar den beiden großen amerikanischen Parteien – und hierbei insbesondere den so überaus china-kritischen Republikanern – anzunähern. Der Chef des Außenamts, Dai Bingguo, wies in einem Interview von 1998 darauf hin, daß „Parteidiplomatie“ heutzutage als wichtiger Teilaspekt der Staatsdiplomatie betrachtet werde und daß es die KPCh bei all ihren außenpolitischen Zielsetzungen folglich darauf anlegen müsse, letztlich die Staatsbeziehungen zu fördern. Auch heiße Eisen wie die Frage der Beilegung der Taiwan- und der Tibet-Problematik sowie die Erörterung der Menschenrechte dürften bei der Parteidiplomatie nicht mehr ausgespart bleiben. Stets gehe es darum, Verständnis zu wecken und „gegenseitiges Vertrauen“ aufzubauen. Dies gelte heutzutage, d.h. nach dem Zusammenbruch der alten bilateralen Welt und zu Beginn einer neuen „multipolaren“ Phase in ganz besonderer Weise. Anstelle der exklusiven Beziehungen, die früher im Zeichen des kalten Kriegs üblich gewesen seien, müsse heutzutage ein „neuer Typ“ von zwischenparteilicher Tuchfühlung aufgebaut werden.⁹ Vor allem im chinesisch-amerikanischen Kontext müsse es zu mehr gegenseitigem „Verständnis“ kommen.

Heutzutage unterhält das ZK-Außenministerium Beziehungen zu rund 300 politischen Parteien und Organisationen aus 130 Ländern und Regionen in fünf Kontinenten. Dazu gehören die „Mongolische Nationaldemokratische Partei“, die japanische „Taiyo“ (Sonnen)-Partei, die Kasachische Volkseinheitspartei, die Chart Thai, die Malawi Congress Party, der Nationaldemokratische Kongreß Ghanas, die Einheits- und Fortschrittspartei Guineas, die Nigerische Allianz für Demokratie und Fortschritt, die Demokratische Partei Rumäniens, die Mehrzahl der Sozialdemokratischen Parteien Westeuropas und, wie gesagt, mittlerweile sogar die beiden großen amerikanischen Parteien.

Der einzige gemeinsame Nenner, der sich hier noch ausmachen läßt, ist der erklärte Wunsch, „Beziehungen“ herzustellen – ein typisch konfuzianischer Aspekt, den man der „ZK-Abteilung“ auf der Stelle abnehmen kann!

Dem Ziel, der staatlichen Außenpolitik unter die Arme zu greifen, hat sich inzwischen auch die „Gesellschaft für die Freundschaft des chinesischen Volkes mit dem Aus-

⁷Dazu C.a., 1997/7, S.665-668.

⁸Dazu C.a., 1995/11, Ü 4.

⁹FT, 27.5.98 und BRu 1997/52, S.8-11.

land⁴ (*Zhongguo renmin duiwai youhao xiehui* [12]) verschrieben. Bereits zwischen 1954 und 1998 hatte sie Kooperationsbeziehungen mit 364 inoffiziellen Organisationen in 115 Ländern hergestellt. Zusätzlich haben – unter Mithilfe der „Gesellschaft“ – 821 chinesische Städte Partnerschaften (wörtl.: „freundschaftliche Kooperationsbeziehungen“, *youhao hezuo guanxi* [13]) mit anderen Städten in aller Welt begründet.¹⁰ Bei einer Konferenz im Mai 1998¹¹ beschloß die Gesellschaft, der „inoffiziellen Diplomatie“ (*fei zhengshide* [14]) künftig höheren Stellenwert einzuräumen und sich vor allem von ideologischen Fesseln zu befreien. U.a. ist hier auch von „freundschaftlichem Austausch“ (*youhao wanglai* [15]) sowie von einem verbesserten „internationalen Umfeld“ (*guoji huanjing* [16]) die Rede.

Ob Staats-, Partei- oder Volksdiplomatie – überall gehe es um das Ziel, „die Freundschaft sowie das gegenseitige Verständnis zu erhöhen und die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Bereich zwischen China und anderen Ländern zu fördern“.¹²

„Umfassende Außenpolitik“ läuft aber nicht nur auf ideologische Großzügigkeit bei der Partnerwahl hinaus, sondern auch auf Viel-, wenn nicht Allseitigkeit des Beziehungsnetzes; dies sei in zweifacher Hinsicht exemplifiziert:

- Da ist einmal die Ergänzung der traditionell bilateral gepflegten Beziehungen durch multilaterale Kontakte, vor allem mit internationalen Organisationen und Wirtschaftsverbänden. So steht Beijing beispielsweise mit dem IWF sowie der Weltbank und ihren beiden Töchtern IFC (International Finance Corporation) und IDA (International Development Association) in engem Einvernehmen. Lediglich GATT (und heute WTO) halten ihre Tore verschlossen, da China mit seinen Staatsbetrieben, seiner zentralen Planwirtschaft, seinen zahlreichen nichttarifären Schranken und dem unkontrollierbaren Umgang mit geistigem Eigentum schlecht in das liberalwirtschaftliche Konzept der Welthandelsorganisation zu passen scheint.¹³
- Zum anderen hat das reformerische China bereits 1979 wieder damit begonnen, an Traditionen der Vorrevolutionszeit anzuknüpfen und z.B. im Hochschulbereich durchaus länderspezifisch vorzugehen: An bestimmten Universitäten sollten also, wie schon Jahrzehnte früher, ausländische Wissenschaftler unterrichten können, und zwar in ihrer eigenen Sprache, nach eigenen Lehrplänen und mit ausländischen Lehrmaterialien. So streckte beispielsweise die TH Harbin ihre Fühler nach Japan aus, die TH Chengdu nach England, die Zhendan-Uni in Shanghai nach Frankreich und die Shanghai Tongji-Universität nach Deutschland. Auf diese Weise konnte die Tongji bereits in den 80er Jahren erneut zu einem Magneten für die Begegnung von Wissenschaftlern im deutsch-chinesischen Verhältnis werden.

Von dieser reformerischen Politik, nach allen Seiten hin Kontakt aufzunehmen und dabei auch an Altbewährtes anzuknüpfen, profitierte nicht zuletzt auch die Shanghai-Aurora-Universität, die einst von Jesuiten gegründet worden war und jahrzehntlang eine französischsprachige Medizinfakultät betrieben hatte. Noch im Mai 1979 war der Jesuitenorden (mit seinem Hauptsitz in Rom) eingeladen worden, die traditionsreiche Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Spontan hatte der Orden daraufhin eingewilligt, mit China erneut – und ähnlich intensiv – zusammenzuarbeiten, wie dies bereits seit 400 Jahren (!) der Fall gewesen sei. Bereits im 16. Jahrhundert – nur 29 Jahre nach Gründung des Ordens – hatten portugiesische Jesuiten ja von Macao aus Beziehungen zum Mandarinat in Guangzhou aufgenommen und von dort aus Fäden nach Beijing weitergesponnen, wo der italienische Jesuit Matteo Ricci seit 1601, also noch in den letzten Jahren der Ming-Dynastie, eine erfolgreiche Missionspolitik in die Wege geleitet hatte. Dieser Durchbruch war nicht zuletzt dadurch möglich geworden, daß er christliches Gedankengut mit chinesischem Brauchtum verschmolzen und auf diese Weise vor allem unter den Gebildeten und Einflußreichen Chinas Anhänger gewonnen hatte.

Als erfolgreich erwies sich auch sein deutscher Nachfolger, der Jesuit Adam Schall von Bell, der ins Mandarinat aufgenommen wurde. Jesuitenpatres vermittelten auch den Friedensvertrag von Nerstschinsk im Jahre 1689 zwischen dem Qing-Reich und Rußland, wobei die Vertragstexte z.T. in Lateinisch verfaßt wurden.

Die jesuitische Methode, das Christentum weniger mit frommen Taten als durch einflußreiche Beratung am Hof zu verbreiten, fand im 18. Jh. ein jähes Ende, nachdem rivalisierende Orden die Jesuiten angeschwärzt und Papst Clemens XI dazu gebracht hatten, die Verwendung der chinesischen Sprache und chinesischer Bräuche im katholischen Gottesdienst zu unterbinden. Der Hof zeigte sich verblüfft und verbot im Gegenzug die Weiterverbreitung des Christentums. 1814 wurde christliche Mission sogar unter Todesstrafe gestellt.

Die Verfolgung der Mission endete erst nach dem Opiumkrieg von 1841, als ausländische Mächte der chinesischen Verwaltung den politischen Kurs zu diktieren begannen, wobei sich die Missionare vor den Karren der Politik spannen ließen. Bezahlt werden mußte diese „Kollaboration“ mit der verhängnisvollen Gleichsetzung von Mission und Imperialismus, die es den Kommunisten nach 1949 so leicht machte, die 131 katholisch geleiteten Krankenhäuser, drei Universitäten und 225 Höhere Schulen kurzerhand zu verstaatlichen und die Missionare des Landes zu verweisen.

Erst die Reformer besannen sich wieder darauf, daß die Missionare den Chinesen jahrhundertlang höchst „nützliche Dinge“ vermittelt hatten. Warum sollte man daran nicht wieder anknüpfen? Zur Zeit des Verbots des Jesuitenordens hatte der Hof verlauten lassen, daß China an Büchern, Uhren, Fernrohren und ähnlichen nützlichen Dingen interessiert sei, nicht aber an falschen Predigten.

Sollte sich auf der Basis dieser Differenzierung nicht auch am Ende des 20. Jh. wieder ein produktives Verhältnis entwickeln können?

Die Politik der Allseitigkeit ist in der Tat nicht nur eine Worthülse!

¹⁰XNA, 19.5.98.

¹¹20.-22.5.98, XNA, 19.5.98; RMRB, 22.5.1998, S.1.

¹²Wie hoch die chinesische Führung diese Konferenz einschätzte, wurde durch die Anwesenheit Jiang Zemens, Qian Qichens und Zhu Rongjis bekundet, XNA, 22.5.98.

¹³Einzelheiten Margot Schüller, „Chinas Integration in die internationalen Wirtschaftsorganisationen“, C.a., 1994/2, S.152-161.

5.3

Die Gestaltungsmittel der Außenpolitik

Vier Kategorien sind hier auseinanderzuhalten, nämlich Diplomatie, Verteidigung, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft.

5.3.1

Diplomatie

Von den drei Ebenen diplomatischen Agierens war bereits die Rede, desgleichen von den Organen und von der Diplomatie als Lernberuf.

Bleiben im wesentlichen also nur noch Bemerkungen zum chinesischen Verhandlungsstil sowie zur Reisediplomatie:

⇒ Während der Mao-Periode wurden *Verhandlungen* nicht selten in „klassenkämpferischer“ Weise geführt, wobei der Gegner auf das Glatteis der totalen Politisierung des Gesprächsprozesses geführt wurde – mit der Folge, daß die Kontakte immer wieder erstarrten. „Gespräche“ dieser Art fanden in den 50er Jahren mit den USA, in den 60er Jahren mit der Sowjetunion und in den 70er Jahren mit Vietnam statt. Die „Warschauer Gespräche“ begannen als eine Art „roter Draht“ zwischen Beijing und Washington im Jahre 1958 und zogen sich über Jahre hin. Dabei herrschte manchmal über Dutzende von Sitzungen hinweg ein Eisschrankklima, bis plötzlich aus heiterem Himmel eine völlig neue Position zur Debatte stand oder auch pragmatische Lösungen erarbeitet wurden. Trotz dieses „Go and Stop“ waren die USA schon während der 60er Jahre allen anderen westlichen Staaten nicht nur in der Qualität ihrer Kontakte, sondern auch in der Effektivität der erzielten Kompromisse voraus.

Seit 1979 hat sich die Tonlage der chinesischen Diplomatie von Grund auf geändert. Chinesische Unterhändler pflegen bei Beratungen um so gutgelaunter, flexibler und großzügiger aufzutreten, je schwächer die andere Seite ist, und sie verfolgen andererseits starken Partnern gegenüber eine eher prinzipielle Linie. Typisch für diesen Verhandlungsstil sind die Gespräche zwischen China und Großbritannien zur Hongkongfrage geworden, die auf Botschafterebene geführt wurden, sich über zermürbende 22 Runden (von Juli 1983 bis September 1984) hinzogen und mit einer „Gemeinsamen Erklärung“ abgeschlossen wurden, in der sich die chinesische Auffassung fast auf ganzer Linie durchsetzen konnte. Eine Reihe von Spielregeln waren dabei auf chinesischer Seite zu beobachten, die sich folgendermaßen verallgemeinern lassen:

- Grundsätzlich lehnen chinesische Unterhändler streng „legalistische“ Verhandlungen ab und suchen statt dessen das persönliche Gespräch, in dessen Verlauf sie sich Freundschafts- oder aber Schuldgefühle zunutzezumachen wissen – bei den Hongkong-Gesprächen war dies z.B. der britische, mit der „Opiumkriegs“-Vergangenheit zusammenhängende Schuldkomplex.
- Der chinesische Unterhändler versucht, in die Verhandlungen immer wieder „allgemeine Prinzipien“ einzubringen, auf die er später immer wieder hartnäckig zurückkommt, sobald sich der Verhandlungspartner einmal darauf eingelassen hat, sobald also die „Falle zugeschnappt ist“, so z.B. auf die Formulierung der „Wiederherstellung der Souveränität“.

- Bisweilen wird der Partner auch vertraulich in Beijinger Fraktionszwistigkeiten eingeführt; so scheint z.B. der Hinweis auf die Schwierigkeiten Deng Xiaopings mit den Dogmatikern in der Hongkongfrage dazu beigetragen zu haben, daß die britischen Unterhändler zusätzlich „aufgeweicht“ wurden.
- Ferner bedienen sich die Chinesen gern des Beistands von Mittelsmännern; so wurde beispielsweise der frühere Ministerpräsident Edward Heath als Mithelfer an der Londoner Front eingeschaltet.
- Wo immer möglich, werden auch politische Rivalen gegeneinander ausgespielt, so z.B. die Hongkonger „Patrioten“ gegen die britische Verwaltung.

Zu spät wurden sich die britischen Unterhändler bewußt, daß sie ohne präzise Vorstellungen über das Endergebnis an den Verhandlungstisch getreten waren und sich deshalb immer wieder in den Netzen früherer Zusagen oder Ungenauigkeiten verfangen.¹⁴

⇒ Ein weiteres Merkmal chinesischer Diplomatie sind *flächendeckende Reisen von Spitzenpolitikern mit Demonstrationseffekt*. Allerdings ist dies eine verhältnismäßig neue Entwicklung: Im Reich der Mitte begab sich der Kaiser nie auf Staatsbesuch, sondern beschränkte sich darauf, Vertreter zu entsenden. Auch Jiang Jieshi hat nie einen Staatsbesuch unternommen; ebenso pflegte sich Mao Zedong im Ausland rar zu machen: Nur zweimal reiste er in die Sowjetunion.

Es war der Ministerpräsident und erste Außenminister der VR China, Zhou Enlai, der in den 50er und 60er Jahren in großem Stil die alten Taburegeln durchbrach, indem er sich auf zwei umfangreiche Afrikareisen begab. Nach der Kulturrevolution folgten die fünf Spitzenpolitiker Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Hu Yaobang, Li Peng und Jiang Zemin seinem Beispiel. Deng besuchte 1978 drei ASEAN-Länder sowie Japan und 1979 die USA. Zhao reiste zwischen 1981 und seinem Sturz im Jahre 1989 in Dutzende von Ländern Asiens, Afrikas und Europas. KP-Generalsekretär Hu Yaobang besuchte vor allem realsozialistische Länder wie Jugoslawien und Rumänien sowie Nordkorea, aber auch Japan. Ministerpräsident Li Peng nahm am UNO-Sozialgipfel in Kopenhagen teil, reiste durch die GUS-Staaten und begab sich auf eine „flächendeckende“ Reise durch die fünf neuen zentralasiatischen Republiken. Jiang Zemin schließlich nahm einerseits an großen Ereignissen teil, so z.B. an den 50-Jahres-Feiern zum Ende des „antifaschistischen Kriegs“ in Moskau und an den Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der UNO in New York, ließ sich immer häufiger aber auch bei den „informellen“ APEC-Konferenzen sehen und suchte dort vor allem den Kontakt mit dem US-Präsidenten.

Nach solchen Visiten und Sammelreisen blieben den Botschaften und Konsulaten vor Ort oft nur noch bescheidene Repräsentations- und Berichtsaufgaben.

5.3.2

Verteidigungspolitik als außenpolitisches Instrument

Anders als die USA ist China keine Militärmacht mit globalen Kapazitäten oder gar globaler Militärpräsenz; statt dessen legt Beijing Wert darauf, immer wieder zu betonen,

¹⁴ Einzelheiten zum Verhandlungsstil in C.a., 1984/7, S.378 f.

Die Militärausgaben der asiatischen Regierungen (in US-Dollar, ausgehend von 1994)

	1970		1975		1980		1985		1990		1994*	
	Mio. US\$	% von Asien	Mio. US\$	% von Asien	Mio. US\$	% von Asien	Mio. US\$	% von Asien	Mio. US\$	% von Asien	Mio. US\$	% von Asien
China	56.680	65%	55.645	54%	56.193	48%	53.235	41%	52.611	36%	52.800	34%
Japan	14.506	17%	20.788	20%	26.948	23%	34.018	26%	42.507	29%	45.800	29%
Südkorea	1.393	2%	2.580	2%	6.778	6%	8.224	6%	11.344	8%	13.000	8%
Taiwan	3.599	4%	3.746	4%	5.583	5%	8.537	7%	10.016	7%	11.500	7%
Nordkorea	2.067	2%	9.317	9%	7.697	7%	7.024	5%	6.611	5%	5.500	3%
Südostasien	4.865	6%	6.792	7%	9.018	8%	9.718	7%	12.052	8%	16.089	10%
Südasien	3.980	5%	4.909	5%	6.083	5%	9.064	7%	10.698	7%	12.500	8%
Gesamtasien	87.090		103.777		118.300		129.820		145.839		157.300	
% der Welt	10%		10%		11%		10%		12%		19%	
Welt	885.600		992.500		1.089.000		1.272.000		1.203.000		840.300	

* Alle Zahlen von 1994 sind Schätzungen.

Quelle: US Arms Control and Disarmament Agency, über: US Council on Foreign Relations (Stand 26.2.98), via Internet

daß die VR China keinen einzigen Soldaten im Ausland stehen habe (von vereinzelt UNO-Entsendeaktionen, z.B. nach Kambodscha, abgesehen) und daß sie auch keine Verteidigungsbündnisse unterhalte. (Die „Freundschafts- und Kooperationsverträge“ mit sozialistischen Bruderländern haben bereits in den 50er Jahren an Wirkung verloren!)

Außerdem pocht Beijing darauf, daß die fünf militärischen Auseinandersetzungen, in die China seit 1949 verwickelt worden sei (Koreafeldzug 1950-53, Grenzkrieg mit Indien 1962, Grenzzwischenfall mit der UdSSR am Ussuri März 1969, Paracel-Inselkonflikt im Januar 1974 und Vietnamfeldzug 1979) aus defensiven Gründen stattgefunden hätten: Bei den bewaffneten Konflikten mit Indien, der Sowjetunion und (dem früheren) Südvietnam sei es um die Verteidigung von Territorien gegangen, die – so wenigstens die Behauptungen Beijings – zu China gehörten; in Korea habe man einen (vermeintlich bevorstehenden) Großangriff der von McArthur geführten Einheiten bereits im Vorfeld abfangen wollen, und selbst der „Erziehungsfeldzug“ gegen Vietnam sei mehr oder weniger ein Gegenangriff zur Verteidigung gewesen.

Sieht man von wenigen Scharmützeln mit der vietnamesischen Marine im Spratly-Bereich und von der im März 1996 gegenüber Taiwan aufgebauten militärischen Drohkulisse ab, so ist es seit 1978 zu keinen „außenpolitischen“ Aktionen der VBA mehr gekommen, und es besteht auch wenig Gefahr, daß sich ähnliche Zwischenfälle so schnell wieder ereignen, wengleich die militärischen Drohungen gegenüber Taiwan im Falle einer Reihe von Eventualitäten (Unabhängigkeitserklärung, Erwerb von Nuklearwaffen oder innere Unruhen) offiziell aufrechterhalten werden. Selbst wenn hier erneut der Ernstfall einträte, handelte es sich dabei, offizieller chinesischer Auffassung zufolge, nicht um eine Frage der Außen-, sondern der „inneren Sicherheitspolitik“.

Von den 14 unmittelbaren Nachbarn Chinas galten lange Zeit nur vier als militärisch bedenklich, nämlich Indien, Japan, Vietnam und vor allem die Sowjetunion. In den 90er Jahren richten sich die Augen des chinesischen Generalstabs hauptsächlich auf die USA und Japan, die, wie bereits erwähnt,¹⁵ am 28. April 1998 eine neue Sicherheitsvereinbarung getroffen haben, in der eine offiziell

nur logistische, in Wirklichkeit aber wohl weiterreichende Zusammenarbeit beider Mächte für den Fall vorgesehen ist, daß es im „Gebiet um Japan“ zu Konflikten kommen sollte. In diesem Zusammenhang stellte Beijing die rhetorische Frage, ob zu diesem „Gebiet“ auch das „chinesische Taiwan“ gehöre.

In seinen Sicherheitserwägungen verläßt sich China weder auf natürliche Schutzwälle (Meere im Osten, Wüsten und Gebirge im Westen, bewaldete Gebirge im Nordosten, Osten und Südosten sowie Gebirgsgürtel mit Monsunwäldern im Süden), noch auf Grenzverträge, sondern achtet vielmehr darauf, daß die Länder unmittelbar vor seiner Haustür ein Verhalten an den Tag legen, das den chinesischen Vorstellungen von einer „primären Sicherheitszone“ entspricht. Vor allem möchte Beijing verhindern, daß sich hier eine Großmacht etabliert, sei es nun in Form von Militärverträgen oder aber gar von militärischen Basen. Der Preis, den China für die Aufrechterhaltung von „Sicherheit“ hier zu zahlen bereit ist, kennt nach oben kaum Grenzen, wie der Einsatz in Nordkorea, die hohen finanziellen Opfer für Nordvietnam während des Zweiten Indochinakriegs, die langjährige Guerillaunterstützungspolitik gegenüber Thailand sowie nicht zuletzt auch der bereits erwähnte „Erziehungsfeldzug“ gegen Vietnam bewiesen haben.

Die Stationierung von 40.000 GIs in Südkorea seit dem Ende des Koreakriegs gehört mit zu jenen Ärgernissen, die Beijing bei fast all seinen Verhandlungen mit den USA zum Ausdruck bringt und die es seit 1997 durch Viergespräche (Nord- und Südkorea, USA und VRCh) zu lösen versucht.

Zu den Staaten der „Primären Unsicherheitszone“ andererseits haben viele Jahre lang die Sowjetunion, die Mongolische Volksrepublik, Indien und Vietnam gehört. Beijing pflegt jeder Vorwärtsstrategie in diesen Bereichen gegenüber ähnlich sensibel zu reagieren wie Washington im Jahre 1962, als die Sowjets Kuba zu einer Raketenbasis vor der amerikanischen Haustür ausbauen wollten. Vor allem die Sowjetunion war seit 1968 Hauptadressat fast aller chinesischen Militärplanungen: Die stärksten Truppenverbände wurden jahrelang in Nord- und Nordostchina mit dem Auftrag stationiert, dort Wacht entlang einer imaginären Verteidigungslinie zu halten, die durch einen Nuklearvorhang sowie durch einen Milizteppich zusätz-

¹⁵C.a., 1998/7, S.701.

lich verstärkt wurde. Im Hinblick auf die UdSSR führte die VBA in den 80er Jahren auch eine Politik der strategischen Modernisierung („Vornewegverteidigung“) sowie der strukturellen Modernisierung durch, die darauf abzielte, die Truppenverbände zu „verbundenen Waffen“ zusammenzuführen und gleichzeitig die maoistische „Hirse + Gewehr“- durch eine „Eisen + Stahl“-Linie zu ersetzen.

Hatte die VBA in den Sicherheitsüberlegungen der VR China jahrzehntelang eine vorrangige Rolle gespielt, so verlor sie im Zuge der von Deng Xiaoping befürworteten „umfassenden“ Sicherheitspolitik schnell an außenpolitischer Bedeutung. Sicherheit sollte jetzt nicht mehr nur mit Waffen, sondern durch ein ganzes Bündel von wirtschaftlichen und diplomatischen Maßnahmen herbeigeführt werden.¹⁶

Wie schon im traditionellen China gilt auch heute wieder der Grundsatz, daß Soldaten zwar unentbehrlich sind, daß ein Politiker aber seinen Beruf verfehlt hat, wenn er gezwungen ist, sie einzusetzen.

Durch nichts könnte dieser Rückgang konkreter illustriert werden, als durch die von Jahrfünft zu Jahrfünft abnehmenden Militärausgaben, wie sie sich aus der beiliegenden Tabelle entnehmen lassen.¹⁷

5.3.3

Entwicklungshilfe

Noch im Zeitalter des Maoismus war Entwicklungshilfe von China bewußt als politisches Instrument eingesetzt worden und hatte hierbei gleich drei Zwecken dienen müssen, nämlich nationalen, revolutionären und antihegemonistischen Zielsetzungen. Manchmal erhielt das eine, dann wieder das andere Kalkül Übergewicht, doch kamen alle drei bisweilen auch zu einem einheitlichen Bündel zusammen, so z.B. in den Jahren 1979 ff. bei der Unterstützung des Abwehrkampfes des „Demokratischen Kampucheas“ gegen die SR Vietnam, hinter der wiederum die Sowjetunion stand.

Als Land mit schmaler Kapitaldecke und riesigem Arbeitskräftereservoir unterstützte China vor allem arbeitskraftintensive Projekte wie Bewässerungssysteme, Sägewerke, landwirtschaftliche Experimentierstationen, Urbarmachung, Sanitärausbildung, Energiegewinnungsanlagen und wirkte auch beim Aufbau des Fernmelde- und des Rundfunkwesens mit.

Kapitalintensive Großprojekte wie der Bau der Tansam-Bahn in Ostafrika (vom Kupfergürtel in Sambia zum Hafen von Daressalam) waren die Ausnahme – und kamen die Volksrepublik in der Tat auch teuer zu stehen.

Daneben bemühte sich die chinesische Entwicklungshilfe nicht selten um Prestigeobjekte: Man denke an die Sportstadien und Kongreßgebäude, die China hauptsächlich in Afrika (insgesamt 13 Sportstadien und 6 Konferenzgebäude) hochgezogen hat. Des weiteren betätigte sich die chinesische Entwicklungshilfe im Straßen-, Brücken- und Hafenaufbau – und auch hier wiederum mit Vorliebe in Afrika. Zu den Besonderheiten der chinesischen Entwicklungshilfe hatte lange Zeit die Entsendung zahlreicher Ärztegruppen gehört, die z.B. in den 20 Jahren zwischen 1963 und 1982 in 43 asiatische und afrikanische

Landes ausgesandt worden waren und die dort rund 70 Mio. Patienten behandelt hatten, pro Tag also 3.500. In Beijing verstand man dies als „Volksdiplomatie“ im ursprünglichsten Sinne des Wortes!¹⁸

Ideologische Plattform für die Entwicklungshilfe waren lange Zeit die während der Afrikareise Zhou Enlais (1963/64) erstmals präzisierten Acht Prinzipien gewesen, nämlich gegenseitiger Nutzen (also: keine Almosen), Zinslosigkeit der Kredite, Freiheit von souveränitätsbeschränkenden Bedingungen, Hilfe zur Selbsthilfe, Bevorzugung unkomplizierter und standortnaher Projekte, Lieferung von Material bester Qualität, Vermittlung des nötigen Know-how und Gleichheit der Lebensbedingungen von Entwicklungshelfern und einheimischen Arbeitern.

Am 1. Januar 1983 hatte der damalige Ministerpräsident Zhao Ziyang – erneut auf einer großen Afrikatour durch elf Länder – neue „Vier Grundprinzipien für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit“ bekanntgegeben, die in ihrer Substanz jedoch nicht wesentlich von den alten Acht Prinzipien abwichen – „Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, Vielgestaltigkeit in der Form, Betonung praktischer Ergebnisse und gemeinsame Erstellung“. An diesen Grundsätzen hat sich bis heute nichts geändert.

Hatten im Zeitalter Mao Zedongs noch die drei oben erwähnten, also stark *politisch* eingefärbten Motive im Vordergrund gestanden, so findet die Unterstützungspolitik seit Beginn der Reformen eher nach *wirtschaftlichem* Kalkül statt. Terminologisch ist übrigens nicht von „Entwicklungshilfe“, sondern von „wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ die Rede, bisweilen auch von „Süd-Süd-Zusammenarbeit“.

Was das Zahlenwerk der neueren Entwicklungshilfe angeht, so liegt es hinter einer Nebelbank. In maoistischer Zeit waren die Zahlen noch groß hinausposaunt worden: Zwischen 1956 und 1982 habe China 76 Ländern der Dritten Welt wirtschaftlich-technische Hilfe geleistet, und zwar durch Übernahme von 1.329 Projekten, durch Entsendung von 180.000 Spezialisten und unter Aufbringung einer Summe von rund 5 Mrd. US\$.¹⁹ Heutzutage sind konkrete Zahlen kaum noch auszumachen; insbesondere wird man in den offiziellen statistischen Jahrbüchern vergeblich danach suchen. Nur ab und zu tauchen verstreute Teilangaben auf, so z.B. am Rande eines Seminars, das im August 1998 vom Außenwirtschaftsministerium abgehalten wurde: 1997 seien von China zinsgünstige Kredite in Höhe von 1,6 Mrd. Yuan (= rd. 320 Mio. DM) an 14 Länder vergeben worden, hieß es dort. Bis Anfang 1998 seien insgesamt 1.531 Projekte mit chinesischer Hilfe erstellt worden – über welchen Zeitraum dies geschah, blieb unklar.²⁰

Als ein Land, das seit 1992 konsequent wirtschaftlich denkt, scheint die VR China mittlerweile zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß Entwicklungshilfe stärker mit Exportkrediten zu verbinden sei – eine Erkenntnis, die sie vor allem aus der japanischen Entwicklungspolitik gewinnen konnte!

Den Verantwortlichen der chinesischen Entwicklungshilfepolitik dürfte es wohl auch zu denken geben, daß tech-

¹⁶Näheres dazu C.a., 1998/7, S.698-702.

¹⁷Zum abnehmenden Einfluß des Militärs auf außenpolitische Entscheidungen vergl. auch C.a., 1998/9, S.923 f. (Abschnitt 4.2.4.4).

¹⁸Dazu BRu, 1983, Nr.36, S.16.

¹⁹BRu, 1983, Nr.36, S.14.

²⁰Näheres C.a., 1998/8, Ü 14 m.N.; der Autor dankt seiner Kollegin Margot Schüller für diesen Hinweis.

nokratische Antworten auf soziale Herausforderungen selten das Geld wert sind, das man in sie hineinsteckt. Solche Bedenken sind um so begründeter, als das Entwicklungshilfeverhalten der VRCh überaus konservativ ist.

5.3.4

Außenwirtschaft: Von der Politisierung zur Kommerzialisierung

In den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik hatte die Politik noch entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Außenwirtschaft ausüben können: Erstens einmal herrschte damals ein Außenwirtschaftsmonopol, das über sieben staatliche *maoyi gongsi* [17] („Außenhandelskorporationen“) wahrgenommen wurde und durch deren Nadelöhre sämtliche Ein- und Ausfuhrbewegungen zu gehen hatten. Zweitens waren Auslandsinvestitionen in China ein Fremdwort und drittens wurden Ein- und Ausfuhr weitgehend mit „sozialistischen Bruderländern“ abgewickelt.

Hatte sich die Partnerstruktur bereits seit dem sino-sovietischen Schisma weitgehend zugunsten westlicher Länder zu verändern begonnen, so setzte der eigentliche Umschwung mit dem Jahr 1979 und dem damals erlassenen Joint-venture-Gesetz ein, in dessen Gefolge China zu einem der Hauptempfänger weltweiter Investitionen wurde und – Hand in Hand damit – auch seine gesamte Außenhandelspolitik auf marktwirtschaftliche Muster umzustellen hatte, ohne daß die Liberalisierung allerdings so weit gegangen wäre, daß China auch GATT-Mitglied hätte werden können. Auch vor den Türen der GATT-Nachfolgeorganisation, nämlich der WTO, ist nach wie vor Antichambrieren angesagt.

Immerhin gehören die meisten politischen Fesseln, die das chinesische Außenwirtschaftssystem einst beengt haben, längst der Vergangenheit an: Agierten früher nach außen hin lediglich sieben Korporationen, so zählen die potentiellen Außenhandelspartner, unter ihnen die mittlerweile wie Pilze aus dem Boden geschossenen neuen Korporationen, die Joint ventures und vor allem die Privatfirmen, inzwischen nach Zehntausenden. Hatte es früher nur zweimal im Jahr Gelegenheit zu Handelskontakten auf volksrepublikanischem Gebiet gegeben, nämlich bei den Frühjahrs- und Herbstmessen in Guangzhou, so steht heutzutage fast das ganze Land als Verhandlungsterritorium zur Verfügung – und dies ohne zeitliche Begrenzung. Hatten darüber hinaus früher kaum Gesetze existiert, die die Außenwirtschaft in berechenbare Bahnen hätten lenken können, so haben sich die Behörden, die chinesischen Firmen und ihre ausländischen Partner heutzutage mit Hunderten einschlägiger Gesetze und Bestimmungen herumzuschlagen.

War chinesische Außenwirtschaftspolitik schließlich früher fast ganz auf Einkäufe und Verkäufe reduziert gewesen, so gibt es inzwischen die vielfältigsten Formen internationaler Kooperation, angefangen von Lohnveredelung über Kompensationshandel bis hin zu BOT-Abmachungen.

1997 durchstieß der chinesische Außenhandel die 300-Mrd.-US\$-Grenze – und hatte sich damit gegenüber 1978, dem Einstandsjahr der Reformen, um das 5fache, gegenüber 1952, als die Sowjetunion noch Haupthandelspartner war, sogar um das 157fache erweitert. Verglichen mit den Jahren des Maoismus befindet sich das reformerische Chi-

na außenwirtschaftlich längst in einer anderen Welt, und zwar sowohl qualitativ als auch quantitativ, zumal das Land unter allen „Entwicklungsländern“ das mit Abstand höchste Volumen ausländischer Investitionen an sich zieht – und damit zu anderen Ländern der Dritten Welt in schmerzlichen Wettbewerb tritt: 1996 beliefen sich die vereinbarten Direktinvestitionen beispielsweise auf 24.529 Projekte mit einer Gesamtsumme von 72 Mrd. US\$.

Nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei seinen Exporten wird China immer abhängiger vom Ausland: Einerseits gehen seit Mitte der 90er Jahre rund 80% der Waren aus dem bedeutungsvollen Veredelungsverkehr in OECD-Länder; gleichzeitig bestreiten die ausländischen Joint ventures in China zwischen 40% und 50% der chinesischen Gesamtexporte.²¹ Zwei Drittel des Außenhandels werden im übrigen mit ganz wenigen „kapitalistischen“ Partnern abgewickelt, allen voran mit Japan, aber auch mit den USA, der EU, der ASEAN, Südkorea – und wie selbstverständlich inzwischen auch mit Taiwan.

Die so oft beschworene „Süd-Süd-Kooperation“ fällt gegenüber der dominierenden „Nord-Süd-Beziehung“ kaum noch ins Gewicht.

In den 90er Jahren erzielt die volksrepublikanische Wirtschaft übrigens regelmäßig Außenhandelsüberschüsse. Diese Bilanz gilt es zu halten. Kein Wunder, daß es nicht mehr politische oder gar revolutionäre Anliegen sind, die im Vordergrund stehen, sondern Kämpfe gegen Korruption sowie für Standortverbesserungen: Wie schnell dürfen die Löhne steigen? Wie können übersteigerte Pachtgebühren vermieden werden? Und: Wie kommt China am besten um eine Abwertung seiner Währung im Zeichen der Asienkrise herum? Dies sind einige der Probleme, mit denen sich die Außenwirtschaftspolitik der 90er Jahre herumzuschlagen hat. In unendliche Ferne sind demgegenüber „politische“ Kalküle gerückt, ob der Partner dem sozialistischen Lager oder aber der Dritten Welt angehört, ob ausländische Mehrheiten in Joint ventures vertretbar seien und ob Firmen mit hundertprozentigem ausländischem Eigentum zugelassen werden sollen.

Außenwirtschaft beginnt sich m.a.W. von der Außenpolitik immer stärker abzunabeln. Die VRCh befindet sich damit gleichsam auf Gegenkurs zu Taiwan, wo Außenpolitik seit 1979 immer mehr durch Außenwirtschaftspolitik abgelöst worden ist.

Der Außenwirtschaftssektor hat sich auch dadurch von der Außenpolitik nicht wieder einfangen lassen, daß diese ihm zahlreiche Wege geebnet und wertvolle Kontakte verschafft hat: Im Sommer 1980 war China beispielsweise dem IWF und der Weltbank, 1986 der Asiatischen Entwicklungsbank beigetreten. Im Dezember 1979 hatte es Beijing außerdem fertiggebracht, daß China vom Entwicklungshilfeausschuß der OECD als Entwicklungsland anerkannt und damit als Empfänger für „weiche Kredite“ qualifiziert worden war. Außerdem hat die (staatliche) Bank of China zahlreiche Kreditkanäle in Richtung Ausland eröffnen können.

(Die chinesischen Schriftzeichen folgen am Ende von Teil II in der nächsten Ausgabe von China aktuell.)

²¹ Dazu beispielsweise C.a., 1997/2, Ü 19.